

## ANTWORT AUF AKTUELLE FRAGEN

# Der Staat der BRD ist das Machtmittel der Monopole

*Woran zeigt sich heute, daß die Monopole in der BRD die Macht ausüben?*

Martina Petri  
Parteisekretär, Grundorganisation Kindergarten 1, Weißwasser

Jeder Staat, darauf verwies W. I. Lenin 1919 in seiner Vorlesung „Über den Staat“, in dem das Privateigentum an Grund und Boden und an den Produktionsmitteln besteht, in dem das Kapital herrscht, ist eine Maschine in den Händen der Kapitalisten, um die Werktätigen in Botmäßigkeit zu halten. Das trifft voll auf die imperialistische BRD zu.

In der BRD wurden entgegen dem Potsdamer Abkommen und anderer völkerrechtlicher Vereinbarungen die Nazi- und Kriegsverbrecher nicht enteignet. Auf Betreiben der westlichen Alliierten erfolgte die Restauration der Macht des deutschen Monopolkapitals. Die BRD war von ihrer Gründung an ein imperialistischer Staat.

Heute sind die gesellschaftlichen Verhältnisse in der BRD vor allem geprägt von einer rasch voranschreitenden Konzentration und Zentralisation der Produktion und des Kapitals in immer weniger Händen. Die wirklich Herrschenden sind 60 große Monopolgruppen mit etwa 16000 Angehörigen der Monopolbourgeoisie, die direkt und indirekt das gesamte Wirtschaftsleben bestimmen. Ihre ökonomische Macht gibt ihnen die politische Macht über die Werktätigen.

An Lenins Analyse des Imperialismus hat sich, wie es die Praxis der BRD beweist, nichts geändert. Lenin sagte: „Ist das Monopol einmal zustande gekommen und schaltet und waltet es mit Milliarden, so durchdringt es mit

absoluter Unvermeidlichkeit alle Gebiete des öffentlichen Lebens, ganz unabhängig von der politischen Struktur und beliebigen anderen Details.“ Wie zeigt sich das in der BRD?

Etwa drei Viertel aller Produktionsmittel in diesem Staat gehören nur 1,7 Prozent aller dort ansässigen Familien. Mit anderen Worten: Eine absolute Minderheit der bundesdeutschen Bevölkerung verfügt unmittelbar über die absolute Mehrheit an Grundbesitz, Kapital und Rücklagen. Für die Bundesbürger schwer durchschaubar vollzieht sich ein Prozeß der immer engeren Verschmelzung der ökonomischen Macht der Monopole mit der politischen Machtausübung in diesem Land.

Ein Ausdruck dafür ist das enge Zusammengehen der Mächtigen der Wirtschaft mit den Banken, also den Institutionen, die über die Finanzierung aller wesentlichen Vorhaben im Lande entscheiden, die mit Kredit und Zinsen in alle entscheidenden Bereiche „hineinregieren“. Dafür nur ein Beispiel: So sind im Leitungsgremium der Deutschen Bank alle Spitzenkonzerne der Großindustrie vertreten, während zugleich 11 Direktoren der Bankzentrale 136 Aufsichtsposten in Industrie, Verkehr, Handel innehaben. In drei miteinander institutionell und personell verflochtenen Monopolverbänden werden darüber hinaus die entscheidenden Kursrichtungen für den Staat der BRD festgeschrieben:

- im „Bundesverband der Industrie“ (BDI), Spitzenverband der sogenannten wirtschaftspolitischen Verbände

- in der „Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände“ (BDA), Spitzenverband der sogenannten Arbeitgeberverbände, und

- im „Deutschen Industrie- und Handelstag“ (DIHT) als dem Dachverband der Industrie- und Handelskammer der BRD.

Allein der BDI verfolgt und beeinflusst in großem Maße alle wichtigen politischen und wirtschaftlichen Entscheidungen. Er ist in fast allen Regierungssämtern Bonns und nachgeordneten Dienststellen vertreten. So erhielt beispielsweise auf sein Betreiben hin unter dem Deckmantel der „Konjunkturbelebung“ seit 1980 private Unternehmen Steuerergeschenke und Subventionen jährlich in Höhe von 27 bis 30 Milliarden DM.

Daß dennoch der von der CDU/CSU/FDP-Regierung 1982 versprochene Abbau der offiziell registrierten Arbeitslosen unter die 1-Millionen-Marke nicht erreicht wurde, sondern deren Zahl auf über 2 Millionen anstieg, kennzeichnet die Verlogenheit der BRD-Regierung, wenn sie behauptet, daß sich günstigere Profitbedingungen für die Monopole positiv für die Werktätigen der Bundesrepublik auswirken würden.

Hier offenbart sich vielmehr: Die Monopole sichern sich über den Staat günstigste Bedingungen für die Realisierung von Maximalprofit. Ausdruck dafür ist auch, daß sich nach in der BRD veröffentlichten Analysen die heutigen Nettoeinkünfte der Werktätigen auf dem Stand von 1980 bewegen. Im gleichen Zeitraum wuchsen aber die Nettoprofite der Unternehmer in der BRD um fast 100 Prozent.

Der Obmann der SPD-Fraktion im Wirtschaftsausschuß des Bundestages, Dr. Jens, kommt mit seiner Feststellung den Tatsachen in der BRD sehr nahe. Er